

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	31
A. Einleitung	39
I. Der Anlass der Untersuchung	39
II. Die frühere Diskussion während der „Parteispendenverfahren“	41
III. Die Notwendigkeit einer grundlegenden Untersuchung	44
IV. Gang der Untersuchung	49
B. Vorfragenkompetenz und Bindung	53
I. Der Begriff „Vorfragenkompetenz“	54
1. Der Begriff „Vorfrage“	54
2. Die Vorfragenkompetenz	59
II. Der Begriff „Bindung“	65
1. „Vorfragenkompetenz“ und „Bindung“ als Antonyme	66
2. Erste begriffliche Annäherung	68
3. Die Erscheinungsformen der Bindung (Bindungsformen)	77
4. Zusammenfassung: Bindungsbegriff und Bindungsformen	218
5. Bedeutung der Aussetzungsvorschriften	222
6. Zusammentreffen unterschiedlicher Bindungsformen	223
7. Exkurs: Vermeidung divergierender Entscheidungen durch Rechtswegvereinheitlichung	225
III. Rückschlüsse auf die dogmatische Grundlage der Vorfragenkompetenz	227
1. Verfassungsrechtliche Verankerung der Vorfragenkompetenz?	228
2. Verankerung in den Vorschriften über die Verfahrensaussetzung?	237
3. Verankerung in den Vorschriften über die freie Beweiswürdigung?	238
4. Verankerung in § 262 Abs. 1 StPO?	239
5. Verankerung in § 14 Abs. 2 Nr. 1 EGZPO?	241

6. Verankerung in § 17 Abs. 2 Satz 1 GVG?	242
7. Allgemeine Folge der Zuständigkeitsvorschriften	244
IV. Rückschluss auf das Verhältnis von Vorfragenkompetenz und Bindung	247
V. Ergebnisse des Kapitels B.	249
 C. Die Vorfragenkompetenz der Strafgerichte im Steuerstrafrecht	253
I. Methodologischer Ansatz	253
II. Offener Wortlaut des materiellen Steuerstrafrechts	255
III. Bindung der Strafgerichte an Entscheidungen der Finanzbehörden bzw. Finanzgerichte?	259
1. Die frühere gesetzlich ausdrücklich angeordnete Bindung in § 433 RAO 1919	259
2. Die allgemeinen Bindungsformen im Steuerstrafrecht	279
3. Konsequenz für die Vorfragenkompetenz der Strafgerichte	314
IV. Konsequenzen für die Anwendung des materiellen Steuerstrafrechts und des § 396 AO	316
1. Ausprägungen der Vorfragenkompetenz bei der Prüfung des § 370 AO	316
2. Handhabung des § 396 AO	325
V. Nachträgliche Anpassung des Strafurteils an das Finanzgerichtsurteil?	347
1. Wiederaufnahme des Verfahrens	348
2. Der Gnadenakt	352
3. Zwischenergebnis	354
VI. Vermeidung divergierender Entscheidungen durch Bindung der Finanzgerichte an die Strafgerichte?	354
VII. Kritik des gesetzgeberischen Regelungskonzepts	358
1. Zum Inhalt der §§ 154d, 262 Abs. 2 StPO	359
2. Die herrschende Meinung zum gesetzgeberischen Regelungskonzept hinter § 396 AO	361
3. Eigene Ansicht: Warn- und Appelfunktion als <i>ratio legis</i> des § 396 AO	367
4. Kritische Auseinandersetzung mit dem gesetzgeberischen Regelungskonzept	371
VIII. Ergebnisse des Kapitels C.	372

D. Die verfassungsrechtliche Überprüfung der Vorfragenkompetenz im Steuerstrafrecht	376
I. Zur Bindung der Strafgerichte in anderen Sachbereichen mit verwaltungsrechtlichen Vorfragen	379
1. Das Umweltstrafrecht (§§ 324 bis 330d StGB)	379
2. Das übrige Kernstrafrecht	455
3. Das Nebenstrafrecht	465
4. Grundzüge strafgerichtlicher Bindung außerhalb des Umweltstrafrechts	480
5. Zwischenergebnis: Die Bindung der Strafgerichte im verwaltungsakzessorischen Strafrecht als Regelfall	481
II. Die Verfassungswidrigkeit der Vorfragenkompetenz im Steuerstrafrecht	490
1. Der Wertungswiderspruch zwischen Steuerstrafrecht und übrigem verwaltungsakzessorischem Strafrecht als Ausgangspunkt der verfassungsrechtlichen Untersuchung	492
2. Wertungswidersprüche und Art. 3 Abs. 1 GG	500
3. Wertungswidersprüche und Art. 20 Abs. 3 GG	540
4. Zwischenergebnis: Die verfassungsrechtliche Relevanz der „Sonderrolle“ des Steuerstrafrechts	593
5. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung der abweichenden Rechtslage im Steuerstrafrecht?	594
6. Rechtsfolge	622
7. Zwischenergebnis: Die Verfassungswidrigkeit der Vorfragenkompetenz der Strafgerichte in Steuerstrafsachen	630
III. Ergebnisse des Kapitels D.	637
E. Reformvorschläge	638
I. Umfassender Systemwechsel	639
II. Einführung einer Wiederaufnahmemöglichkeit bei abweichender finanzgerichtlicher Entscheidung über die steuerrechtliche Vorfrage	640
III. Einführung einer Tatbestandswirkung des Steuerbescheids im Steuerstrafrecht	643
1. Keine Tatbestandswirkung „in Reinform“	644
2. Tatbestandswirkung und Verfahrensvoraussetzung?	644

3. Tatbestandswirkung und objektiver Strafaufhebungsgrund?	646
IV. Bindung der Strafgerichte an die Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs (§ 468 RAO 1965)?	650
V. Bindung der Strafgerichte über die materielle Rechtskraft finanzgerichtlicher Urteile	651
VI. Bindung der Finanzbehörden und Finanzgerichte an die Strafgerichte?	651
VII. Änderung der Zuständigkeitsordnung	652
1. Zuweisung der Zuständigkeit für Steuerstrafverfahren zu den Finanzgerichten?	652
2. Zuweisung der Zuständigkeit für steuerstrafrechtsrelevante Besteuerungsverfahren zu den Strafgerichten?	653
VIII. Neuartige Ansätze	655
1. Einführung eines finanzgerichtlichen „Vorabverfahrens“ über die steuerrechtliche Vorfrage in Steuerstrafsachen	655
2. Einrichtung von Spezialkammern	656
IX. Ergebnisse des Kapitels E.	661
 F. Exkurs: Die Auswirkungen des Untersuchungsergebnisses auf das Verhältnis der Finanzgerichtsbarkeit zu anderen Gerichtsbarkeiten	665
I. Steuerrechtliche Vorfragen in der Zivil- und Arbeitsgerichtsbarkeit	665
1. Überblick über die unterschiedlichen Konstellationen steuerrechtlicher Vorfragen in der Zivilgerichtsbarkeit	665
2. Unterschiedliche Rechtsansichten der Zivilgerichte im Hinblick auf die Vermeidung divergierender Entscheidungen	668
3. Eigene Lösung	676
4. Zwischenergebnis: Vermeidung divergierender Entscheidungen zwischen Zivil- und Finanzgerichten	694
II. Steuerrechtliche Vorfragen in der Verwaltungsgerichtsbarkeit	695
1. Existenz einfachgesetzlicher Bindungstatbestände?	695
2. Verfassungsrechtliche Schlussfolgerungen; verfassungskonforme Auslegung des § 94 VwGO	701
3. Ergebnis	704
III. Steuerrechtliche Vorfragen in der Sozialgerichtsbarkeit	704

IV. Ergebnisse des Kapitels F.	708
G. Zusammenfassung der Ergebnisse der Untersuchung	710
H. Schlussbemerkungen	721
Literaturverzeichnis	723

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	31
A. Einleitung	39
I. Der Anlass der Untersuchung	39
II. Die frühere Diskussion während der „Parteispendenverfahren“	41
III. Die Notwendigkeit einer grundlegenden Untersuchung	44
IV. Gang der Untersuchung	49
B. Vorfragenkompetenz und Bindung	53
I. Der Begriff „Vorfragenkompetenz“	54
1. Der Begriff „Vorfrage“	54
2. Die Vorfragenkompetenz	59
a) Begriffsbestimmung	59
b) Vorfragenkompetenz als Auslegungskonkurrenz	61
c) Ausschluss der Verfahrensfragen	62
d) Abgrenzung zur Zuständigkeit	63
e) Zwischenergebnis: Vorfragenkompetenz als Regelung des materiellen Rechts	65
II. Der Begriff „Bindung“	65
1. „Vorfragenkompetenz“ und „Bindung“ als Antonyme	66
2. Erste begriffliche Annäherung	68
a) Unterschiedliche gesetzliche Begrifflichkeiten	68
b) Die Bindung als materiell-rechtlicher Rechtssatz	69
c) Vermeidung divergierender Entscheidungen; Widerspruchsverbot	71
d) Adressaten der Bindung	73
e) Das Verhältnis von Bindung zu den Vorschriften über die Verfahrensaussetzung	73
f) Zwischenergebnis	76

3. Die Erscheinungsformen der Bindung (Bindungsformen)	77
a) Materielle Rechtskraft	77
aa) Die grundsätzliche Wirkungsweise der materiellen Rechtskraft	78
(1) Das Wiederholungsverbot	79
(2) Das Widerspruchsverbot	81
(3) Insbesondere: Die objektiven und subjektiven Rechtskraftgrenzen beim Widerspruchsverbot	82
(4) Kein Widerspruchsverbot im Strafprozess	84
bb) Das Widerspruchsverbot als Einschränkung der Vorfragenkompetenz (Fernwirkung)	86
(1) Allgemeine Fernwirkung von Urteilen	86
(2) Allgemeine Grundsätze der Fernwirkung öffentlicht-rechtlicher Entscheidungen	88
(3) Insbesondere: Keine Fernwirkung strafgerichtlicher Urteile	90
(4) Fernwirkung anderer Urteile im Strafrecht?	90
(5) Die Bindung von fachfremden Behörden an die materielle Rechtskraft	96
(6) Zwischenergebnis	97
cc) Vermeidung divergierender Entscheidungen	97
dd) Das Widerspruchsverbot der materiellen Rechtskraft als materiell-rechtlicher Rechtssatz (Rechtsnatur)	98
ee) Das Gesetz als Grundlage der materiellen Rechtskraft	105
ff) Verhältnis des Widerspruchsverbots der materiellen Rechtskraft zu den Aussetzungsvorschriften	107
gg) Zusammenfassung zur Wirkungsweise der materiellen Rechtskraft	112
b) Innenbindung	113
c) Bestandskraft	114
aa) Abgrenzung zur Selbstbindung der erlassenden Behörde	114
bb) Materielle Bestandskraft als Bindungsform?	115
cc) Keine Gleichsetzung von (materieller) Bestandskraft und Verbindlichkeit	118

d) Tatbestandswirkung	120
aa) Begriffsbestimmung und grundsätzliche Wirkungsweise	120
bb) Abgrenzung zur Gestaltungswirkung	123
cc) Tatbestandswirkung als Bindungsform?	125
(1) Herrschende Meinung: Tatbestandswirkung als Bindungsform	126
(2) Abweichende Ansicht: Bloßes „Anerkennenmüssen“ der Existenz des Hoheitsaktes	127
(3) Eigene Auffassung: Tatbestandswirkung als Bindungsform	129
(4) Zwischenergebnis	137
dd) Die Tatbestandswirkung von Verwaltungsakten	138
(1) Die Auffassung von der generellen Tatbestandswirkung von Verwaltungsakten	140
(2) Die Auffassung von der gesetzlich angeordneten Tatbestandswirkung	145
(3) Fehlende Aufarbeitung des Begriffs in der Rechtsprechung	147
(4) Die Folgen für die Untersuchung	155
(5) Eigene Auffassung	156
(6) Zwischenergebnis	167
ee) Die Tatbestandswirkung als Einschränkung der Vorfragenkompetenz	169
ff) Das Verhältnis der Tatbestandswirkung zu den Aussetzungsvorschriften	174
gg) Zusammenfassung zur Wirkungsweise der Tatbestandswirkung	175
e) Gestaltungswirkung	177
aa) Die Gestaltungswirkung als Bindungsform	177
bb) Die Gestaltungswirkung im allgemeinen und besonderen Verwaltungsrecht	179
cc) Wirkungsweise der Gestaltungswirkung	182
(1) Gestaltungswirkung und formelle Rechtskraft	182
(2) Gestaltungswirkung und materielle Rechtskraft	184
dd) Die Gestaltungswirkung als Einschränkung der Vorfragenkompetenz	187

ee) Insbesondere: Die Gestaltungswirkung von Verwaltungsakten	188
(1) Die allgemeinen Kriterien der Abgrenzung gestaltender und feststellender Verwaltungsakte	189
(2) Die abweichende Ansicht von der Gestaltungswirkung aller Verwaltungsakte	190
(3) Stellungnahme	192
ff) Das Verhältnis der Gestaltungswirkung zu den Aussetzungsvorschriften	196
gg) Zusammenfassung zur Wirkungsweise der Gestaltungswirkung	197
f) Feststellungswirkung	199
aa) Begriff und Anwendungsbeispiele	199
bb) Keine Zugehörigkeit der Feststellungswirkung zu den Bindungsformen	201
g) Gesetzlich ausdrücklich angeordnete Bindung	203
aa) Anwendungsbeispiele	204
(1) § 31 Abs. 1 BVerfGG	204
(2) Art. 267 AEUV	207
(3) § 16 RsprEinhG	209
(4) Bindung an die Rechtsauffassung des Revisionsgerichts, der Großen Senate und des Vereinigten Großen Senats	210
(5) Weitere Beispiele	211
bb) Gemeinsamkeiten der gesetzlich ausdrücklich angeordneten Bindungen	211
cc) Insbesondere: Grundlagenbescheide im Steuerrecht, § 171 Abs. 10 AO	212
dd) Einschränkung der Vorfragenkompetenz	214
ee) Verhältnis der gesetzlich ausdrücklich angeordneten Bindungen zu den Aussetzungsvorschriften	216
4. Zusammenfassung: Bindungsbegriff und Bindungsformen	218
5. Bedeutung der Aussetzungsvorschriften	222
6. Zusammentreffen unterschiedlicher Bindungsformen	223
7. Exkurs: Vermeidung divergierender Entscheidungen durch Rechtswegvereinheitlichung	225

III. Rückschlüsse auf die dogmatische Grundlage der Vorfragenkompetenz	227
1. Verfassungsrechtliche Verankerung der Vorfragenkompetenz?	228
2. Verankerung in den Vorschriften über die Verfahrensaussetzung?	237
3. Verankerung in den Vorschriften über die freie Beweiswürdigung?	238
4. Verankerung in § 262 Abs. 1 StPO?	239
5. Verankerung in § 14 Abs. 2 Nr. 1 EGZPO?	241
6. Verankerung in § 17 Abs. 2 Satz 1 GVG?	242
7. Allgemeine Folge der Zuständigkeitsvorschriften	244
IV. Rückschluss auf das Verhältnis von Vorfragenkompetenz und Bindung	247
V. Ergebnisse des Kapitels B.	249
 C. Die Vorfragenkompetenz der Strafgerichte im Steuerstrafrecht	253
I. Methodologischer Ansatz	253
II. Offener Wortlaut des materiellen Steuerstrafrechts	255
III. Bindung der Strafgerichte an Entscheidungen der Finanzbehörden bzw. Finanzgerichte?	259
1. Die frühere gesetzlich ausdrücklich angeordnete Bindung in § 433 RAO 1919	259
a) § 433 RAO 1919	261
b) Das gesetzgeberische Motiv	263
c) Die Rezeption der Vorschrift durch die Rechtsprechung	265
d) Die Weiterentwicklung der Vorschrift bis hin zum heutigen § 396 AO	271
e) Zwischenergebnis	275
2. Die allgemeinen Bindungsformen im Steuerstrafrecht	279
a) Rechtskrafterstreckung des finanzgerichtlichen Urteils?	280
aa) Rückbezug: h.M. im Strafprozessrecht contra BVerfG	280
bb) Objektive Grenzen der materiellen Rechtskraft finanzgerichtlicher Urteile	282
(1) Grundsätzliche Erwägungen	282
(2) Keine rechtskräftige Feststellung des Steueranspruchs in Anfechtungssituationen	283

(3) Rechtskräftige Feststellung des gerechtfertigten Steuervorteils durch Verpflichtungsklage?	287
(4) Rechtskräftige Feststellung der Steuerrechtslage durch (Zwischen-) Feststellungsklage?	288
cc) Praktische Unzulänglichkeiten der Fernwirkung finanzgerichtlicher Urteile	290
dd) Zwischenergebnis	291
b) Die Tatbestandswirkung des Steuerbescheids	291
aa) Kirchhofs Ansatz	291
bb) Die Gegenauffassung	293
cc) Stellungnahme	294
c) Sonderfall: Tatbestandswirkung sonstiger steuerrechtlich relevanter Verwaltungsakte (Grundlagenbescheide)	297
d) Die Gestaltungswirkung des Steuerbescheids	300
aa) Die ablehnende Ansicht <i>Wissers</i>	301
bb) Der Meinungsstand in der Literatur bezüglich der Gestaltungswirkung des Steuerbescheids	304
cc) Stellungnahme	306
e) Finanzbehördliche Erlaubnis mit strafbefreiender Wirkung?	311
f) Zwischenergebnis	314
3. Konsequenz für die Vorfragenkompetenz der Strafgerichte	314
IV. Konsequenzen für die Anwendung des materiellen Steuerstrafrechts und des § 396 AO	316
1. Ausprägungen der Vorfragenkompetenz bei der Prüfung des § 370 AO	316
a) Allgemeine Folgerungen	316
b) Tatsächliche Verständigung; verbindliche Auskunft	318
c) Daraus resultierender „gespaltener Rechtsgüterschutz“	320
d) Folgen für die steuerrechtlichen Deklarationspflichten	322
2. Handhabung des § 396 AO	325
a) Systematische Zusammenhänge zu weiteren Aussetzungsvorschriften	325

b) Zur Anwendung der Vorschrift; insbesondere zur Ermessensausübung	327
aa) Grundsätzliche Anforderungen	327
bb) Zwingende Verfahrensaussetzung bei schwierigen und ungeklärten steuerrechtlichen Vorfragen?	332
(1) Die Auffassung von der Aussetzungsverpflichtung bei „Divergenzgeneigtheit“ der steuerrechtlichen Vorfrage	332
(2) Die gegenteilige Ansicht der herrschenden Meinung	334
(3) Stellungnahme	336
c) Zwischenergebnis: Handhabung der Vorschrift in der Praxis	346
V. Nachträgliche Anpassung des Strafurteils an das Finanzgerichtsurteil?	347
1. Wiederaufnahme des Verfahrens	348
a) § 359 Nr. 4 StPO	348
b) § 359 Nr. 5 StPO	349
2. Der Gnadenakt	352
3. Zwischenergebnis	354
VI. Vermeidung divergierender Entscheidungen durch Bindung der Finanzgerichte an die Strafgerichte?	354
VII. Kritik des gesetzgeberischen Regelungskonzepts	358
1. Zum Inhalt der §§ 154d, 262 Abs. 2 StPO	359
2. Die herrschende Meinung zum gesetzgeberischen Regelungskonzept hinter § 396 AO	361
a) Eigenständiger Zweck: Vermeidung divergierender Entscheidungen	361
b) Jedenfalls: „Ermöglichung“ der Vermeidung divergierender Entscheidungen	362
3. Eigene Ansicht: Warn- und Appellfunktion als <i>ratio legis</i> des § 396 AO	367
4. Kritische Auseinandersetzung mit dem gesetzgeberischen Regelungskonzept	371
VIII. Ergebnisse des Kapitels C.	372

D. Die verfassungsrechtliche Überprüfung der Vorfragenkompetenz im Steuerstrafrecht	376
I. Zur Bindung der Strafgerichte in anderen Sachbereichen mit verwaltungsrechtlichen Vorfragen	379
1. Das Umweltstrafrecht (§§ 324 bis 330d StGB)	379
a) Überblick über die gesetzlichen Regelungen	379
b) Die Verwaltungskzessorietät des Umweltstrafrechts	383
c) Gesetzgeberisches Motiv und Schutzgut der §§ 324 ff. StGB	384
d) Bindung der Strafgerichte an Entscheidungen der Umweltverwaltungsbehörden	386
aa) Die Verwaltungskzakzessorietät	386
bb) Die Regelung des § 330d Abs. 1 Nr. 5 StGB	389
(1) Grundsätzliche Erkenntnisse aus der Vorschrift	390
(2) Einzelfragen des Tatbestands	393
(3) Insbesondere: Interpretationsvorrang der Umweltverwaltungsbehörden	397
cc) Konsequenzen aus der Bindung der Strafgerichte an Umweltverwaltungsakte	399
(1) Keine Bindung an nichtige Verwaltungsakte	399
(2) Bindung an rechtswidrige begünstigende Verwaltungsakte	400
(3) Bindung an rechtswidrige belastende Verwaltungsakte	401
(4) Bindung an nachfolgend erlassene begünstigende Verwaltungsakte?	403
dd) Zwischenergebnis	406
e) Bindung der Strafgerichte an Entscheidungen der Verwaltungsgerichte	408
aa) Die Verwaltungskzakzessorietät gemäß § 330d Abs. 1 Nr. 4 Buchst. b) StGB und die Rezeption durch die Strafrechtsliteratur	408
bb) Eigene Auffassung:	
Verwaltungskzakzessorietät als Synonym für die Bindung der Strafgerichte an Verwaltungsgerichtsentscheidungen	411
(1) Die Gestaltungswirkung des Verwaltungsgerichtsurteils als Pflichtenbegründung	412

(2) Erweitertes Verständnis der Verwaltungsjudikatsakzessorietät	414
(3) Exkurs: „Mittelbare Bindung“ in Verpflichtungssituationen und Maßgeblichkeit der Verwaltungsgerichtsprechung	415
(4) Zwischenergebnis	417
cc) Bindung der Strafgerichte an vor dem Tatzeitpunkt ergangene Verwaltungsgerichtsentscheidungen	418
dd) Bindung der Strafgerichte an nach dem Tatzeitpunkt ergangene, aber rückwirkende Verwaltungsgerichtsentscheidungen	419
(1) Rechtsprechung und h.L.	421
(2) Die Gegenauuffassung	424
(3) Eigene Auffassung	427
(4) Verfahrensrechtliche Konsequenzen der Bindung der Strafgerichte an verwaltungsgerechtliche Rückwirkungsfiktionen zugunsten des Täters	434
ee) Rückschlüsse auf die Reichweite der Bindung der Strafgerichte an Entscheidungen der Verwaltungsbehörden	437
ff) Zwischenergebnis	438
f) Zusammenfassung: Die Bindung der Strafgerichte im Umweltstrafrecht	440
aa) Belastende Verwaltungsakte	441
bb) Begünstigende Verwaltungsakte	442
cc) Strafrechtliche Auswirkungen	443
dd) Zwischenergebnis	443
g) Dogmatische Erkenntnisse aus einem rechtsvergleichenden Blickwinkel	444
h) Ergebnisse der umweltstrafrechtlichen Untersuchungen	452
2. Das übrige Kernstrafrecht	455
a) § 85 Abs. 1 StGB, § 20 Abs. 1 VereinsG, § 109f StGB	456
b) § 109g StGB	458
c) § 123 StGB	459
d) § 132a StGB	461

e) § 284 StGB	461
f) § 315d StGB	462
g) § 353d Abs. 1 Nr. 2 StGB	463
h) Zwischenergebnis	464
3. Das Nebenstrafrecht	465
a) Straßenverkehrsrecht	465
b) Aufenthaltsrecht	466
c) Wirtschaftsstrafrecht	468
aa) Patentrecht, Gebrauchsmusterrecht	468
bb) Markenrecht	472
cc) Gewerberecht	473
d) Weitere Vorschriften	474
4. Grundzüge strafgerichtlicher Bindung außerhalb des Umweltstrafrechts	480
5. Zwischenergebnis: Die Bindung der Strafgerichte im verwaltungsakzessorischen Strafrecht als Regelfall	481
II. Die Verfassungswidrigkeit der Vorfragenkompetenz im Steuerstrafrecht	490
1. Der Wertungswiderspruch zwischen Steuerstrafrecht und übrigem verwaltungsakzessorischem Strafrecht als Ausgangspunkt der verfassungsrechtlichen Untersuchung	492
a) Der Begriff „Wertungswiderspruch“	492
b) Die Vorfragenkompetenz im Steuerstrafrecht als Wertungswiderspruch innerhalb des verwaltungsakzessorischen Strafrechts	497
c) Der verfassungsrechtliche Prüfungsmaßstab für Wertungswidersprüche	499
2. Wertungswidersprüche und Art. 3 Abs. 1 GG	500
a) Der Wertungswiderspruch als Ungleichbehandlung	502
aa) Die Systemwidrigkeit	502
(1) Inhalt und Bedeutung in der verfassungsrechtlichen Rechtsprechung	502
(2) Abgrenzung zur Sachgerechtigkeit	505
(3) Bedeutung für den Untersuchungsgegenstand	507
bb) Das Folgerichtigkeitsgebot	509
(1) Inhalt und Verhältnis zur Systemwidrigkeit	509
(2) Anwendung des Folgerichtigkeitsgebots außerhalb des Steuerrechts?	517

cc) Zwischenergebnis	520
b) Wertungswiderspruch und Vergleichsgruppenbildung	521
aa) Systemabweichung als Erleichterung der Vergleichsgruppenbildung in normativ geprägten Regelungsbereichen	521
bb) Wertungswiderspruch und Vermeidung divergierender Entscheidungen	525
(1) Keine Ungleichbehandlung bei divergierenden Entscheidungen im Einzelfall	525
(2) Potentielle Ungleichbehandlung bei divergierenden gesetzlichen Regelungskonzepten zur Vermeidung divergierender Entscheidungen	527
(3) Einzelne Ausformungen dieser potentiellen Ungleichbehandlung	528
cc) Zwischenergebnis	531
c) Der sachbereichsübergreifende Wertungswiderspruch als Ungleichbehandlung?	531
d) Zwischenergebnis	539
3. Wertungswidersprüche und Art. 20 Abs. 3 GG	540
a) Die Rechtsprechung des BVerfG zur Normenklarheit	541
b) Die Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung	542
aa) Die Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung nach Maßgabe der Entscheidungen BVerfGE 98, 83 und BVerfGE 98, 106	543
bb) Einordnung und Bedeutung der Entscheidungen für den Untersuchungsgegenstand; Problemschwerpunkte	544
cc) Das Gebot der Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung als Verfassungsinhalt?	549
(1) Die ablehnende Auffassung	550
(2) Die befürwortende Auffassung	554
(3) Eigene Auffassung	556
dd) Tatbestandliche Einschränkungen des Gebots der Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung	564
(1) Begrenzung auf Normwidersprüche?	565
(2) Strenge Prüfung des Vorliegens eines Wertungswiderspruchs	569
(3) Begrenzung auf Bund-Länder-Konflikte?	570

(4) Anwendung des Gebots der Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung auf divergierende Entscheidungen verschiedener Hoheitsträger?	579
(5) Zulässigkeit einer verfassungsrechtlichen Rechtfertigungsprüfung?	589
(6) Verhältnis zum allgemeinen Gleichheitssatz, Art. 3 Abs. 1 GG	590
c) Zwischenergebnis	592
4. Zwischenergebnis: Die verfassungsrechtliche Relevanz der „Sonderrolle“ des Steuerstrafrechts	593
5. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung der abweichenden Rechtslage im Steuerstrafrecht?	594
a) Allgemeine Anforderungen	595
b) Nichtvorliegen eines hinreichenden Rechtfertigungsgrundes für die Vorfragenkompetenz im Steuerstrafrecht	597
aa) Unzulänglichkeit der Gesetzesbegründung zu § 396 AO	597
bb) Rechtfertigung wegen sachbereichsspezifischer Unterschiede?	598
(1) Unterschiedliche Struktur der Regelungsbereiche?	598
(2) Unterschiedliches Regelungsziel der Regelungsbereiche?	607
(3) Zwischenergebnis	610
cc) Kein Vertrauensschutz für rechtsmissbräuchliche Verhaltensweisen?	611
dd) Erforschung der materiellen Wahrheit im Strafprozess	612
ee) Kein in sich schlüssiges Regelungskonzept des Steuerstrafrechts	614
ff) Die Effektivität der Strafrechtspflege	615
(1) Kein genereller Rechtfertigungsgrund	616
(2) Besondere Schutzbedürftigkeit des Schutzzguts im Steuerstrafrecht?	617
(3) Abgrenzung zur Rechtsgutsbestimmung	619
(4) Besondere Bedeutung des Beschleunigungsgrundsatzes im Steuerstrafrecht?	620

(5) Öffentlichkeitswirksamkeit des Steuerstrafrechts?	621
(6) Zwischenergebnis	622
c) Zwischenergebnis	622
6. Rechtsfolge	622
a) Vorrang der verfassungskonformen Auslegung	622
b) Verstoß gegen den allgemeinen Gleichheitssatz, Art. 3 Abs. 1 GG	625
c) Verstoß gegen das Gebot der Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung, Art. 20 Abs. 3 GG	629
7. Zwischenergebnis: Die Verfassungswidrigkeit der Vorfragenkompetenz der Strafgerichte in Steuerstrafsachen	630
III. Ergebnisse des Kapitels D.	637
 E. Reformvorschläge	638
I. Umfassender Systemwechsel	639
II. Einführung einer Wiederaufnahmemöglichkeit bei abweichender finanzgerichtlicher Entscheidung über die steuerrechtliche Vorfrage	640
III. Einführung einer Tatbestandswirkung des Steuerbescheids im Steuerstrafrecht	643
1. Keine Tatbestandswirkung „in Reinform“	644
2. Tatbestandswirkung und Verfahrensvoraussetzung?	644
3. Tatbestandswirkung und objektiver Strafaufhebungsgrund?	646
IV. Bindung der Strafgerichte an die Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs (§ 468 RAO 1965)?	650
V. Bindung der Strafgerichte über die materielle Rechtskraft finanzgerichtlicher Urteile	651
VI. Bindung der Finanzbehörden und Finanzgerichte an die Strafgerichte?	651
VII. Änderung der Zuständigkeitsordnung	652
1. Zuweisung der Zuständigkeit für Steuerstrafverfahren zu den Finanzgerichten?	652
2. Zuweisung der Zuständigkeit für steuerstrafrechtsrelevante Besteuerungsverfahren zu den Strafgerichten?	653

VIII.	Neuartige Ansätze	655
1.	Einführung eines finanzgerichtlichen „Vorabverfahrens“ über die steuerrechtliche Vorfrage in Steuerstrafsachen	655
2.	Einrichtung von Spezialkammern	656
IX.	Ergebnisse des Kapitels E.	661
F.	Exkurs: Die Auswirkungen des Untersuchungsergebnisses auf das Verhältnis der Finanzgerichtsbarkeit zu anderen Gerichtsbarkeiten	665
I.	Steuerrechtliche Vorfragen in der Zivil- und Arbeitsgerichtsbarkeit	665
1.	Überblick über die unterschiedlichen Konstellationen steuerrechtlicher Vorfragen in der Zivilgerichtsbarkeit	665
2.	Unterschiedliche Rechtsansichten der Zivilgerichte im Hinblick auf die Vermeidung divergierender Entscheidungen	668
a)	Zivilgerichtliche Vorfragenkompetenz in Schadensersatzangelegenheiten	668
b)	Zivilgerichtliche Vorfragenkompetenz und Umsatzsteuerrecht	671
c)	Zwischenergebnis	676
3.	Eigene Lösung	676
a)	Grundsätzliche Herangehensweise	676
b)	Existenz einfachgesetzlicher Bindungstatbestände?	677
aa)	In Schadensersatzfällen	677
bb)	In Umsatzsteuerfällen	678
cc)	Allgemeine Anwendung dieser Grundsätze?	680
c)	Zivilgerichtliche Vorfragenkompetenz bei anderen rechtswegfremden Vorfragen	682
d)	Verfassungsrechtliche Schlussfolgerungen	685
e)	Zur verfassungskonformen Auslegung im verwaltungsakzessorischen Zivilrecht	688
4.	Zwischenergebnis: Vermeidung divergierender Entscheidungen zwischen Zivil- und Finanzgerichten	694
II.	Steuerrechtliche Vorfragen in der Verwaltungsgerichtsbarkeit	695
1.	Existenz einfachgesetzlicher Bindungstatbestände?	695
a)	Bindung der Verwaltungsbehörden und Verwaltungsgerichte bei den Realsteuern	696

b) Bindung der Verwaltungsbehörden und Verwaltungsgerichte im Beamtenrecht	698
c) Bindung der Verwaltungsbehörden und Verwaltungsgerichte bei sozialrechtlichen Vorfragen	700
d) Die Bedeutung des § 110 Abs. 1 Satz 2 FGO	700
2. Verfassungsrechtliche Schlussfolgerungen; verfassungskonforme Auslegung des § 94 VwGO	701
3. Ergebnis	704
III. Steuerrechtliche Vorfragen in der Sozialgerichtsbarkeit	704
IV. Ergebnisse des Kapitels F.	708
G. Zusammenfassung der Ergebnisse der Untersuchung	710
H. Schlussbemerkungen	721
Literaturverzeichnis	723